

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 166

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Freitag, den 18. Juli

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.
und die Beilage: „Zeitgeschehen im Wochenbild.“

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Reichspräsident hat nach einer Aussprache mit dem preussischen Ministerpräsidenten seine Absage zu den preussischen Rheinlandsfeiern zurückgezogen und wird an ihnen teilnehmen.

* Im Reichstag wurde das Stillschließgesetz in zweiter Lesung angenommen.

* Durch eine Explosion auf einem Tankfahn wurde im Hafen von Harburg-Wilhelmsburg die Schifffahrt so gefährdet, daß das Hafenbecken abgeschlossen werden mußte.

Ferien oder Wahlkampf?

Die Gegner hatten sich „abgetastet“, — in unserem Zeitalter des Sport- und besonders des Vorkriegsromantismus weiß ja jeder, was dieser Ausdruck bedeutet. Und dann war „ein heftiger Schlagwechsel“ erfolgt, nach dem sich bei Erörtern des Sogeschlages herausstellte, daß die beiden Gegner „leicht angeschlossen“ waren. Die Regierung nämlich und die Opposition; aber diese erste Runde war „nach Punkten“ hoch für die Opposition. Immerhin gab diese sich die Mühe, die Regierung nicht unter Ausnutzung des kommunistischen Mißtrauensantrages „i. o.“ zu schlagen, sondern dieses Mißtrauensvotum abzulehnen, was formell bekanntlich nichts anderes heißt, als daß der Regierung damit — das Vertrauen ausgedrückt wird; dem bisherigen parlamentarischen Gebrauch gemäß bedarf ja ein Ministerium zu seiner Geschäftsführung nicht einer ausdrücklichen Votierung des Vertrauens durch das Parlament, sondern nur der Ablehnung eines Mißtrauensantrages.

„Was tun? spricht Jense?“ — spricht auch der Reichstag. Sprechen dort die Parteien, die Regierung. Dr. Brüning ist ja insofern besser dran, da er die geladene Pistole in der Hand hat und mit ihr dem Reichstag jeden Augenblick die Kugel der Reichstagsauflösung durch den Kopf schießen kann, wenn er als Reiter dieses heftig widerstrebende Kopf nicht einmal mit der Peitsche des Artikels 48 über die Hindernisse hinwegbringen kann. Freilich müßte der Reiter den Weg zum Ziel dann zu Fuß zurücklegen. Was wesentlich schwieriger und unangenehmer wäre, als wenn der Reichstag nun durch Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, der die Aufhebung der Reichspräsidentenverordnungen verlangt, der Reichsregierung die Möglichkeit des Weitertritts gäbe. Außerdem liegt aber auch noch ein ausdrücklicher Mißtrauensantrag der Sozialdemokratie gegen den Reichskanzler Dr. Brüning vor, — zum erstenmal ist gegen einen dem Zentrum angehörigen Reichskanzler von der Sozialdemokratischen Partei ein solcher ausdrücklicher Mißtrauensantrag in einem Augenblick gestellt worden, da die Annahme nicht ganz unwahrscheinlich sein mag; die Ablehnung des Kommunistenantrages durch die Deutschnationalen ist kein Gegenbeweis für einen solchen Ausgang.

Der Drehpunkt des politisch-parlamentarischen Geschehens ist aber natürlich der sozialdemokratische Antrag auf Außerkräftsetzung der beiden Verordnungen des Reichspräsidenten, neben denen ja nun, bewaffnet mit jener Pistole der drohenden Reichstagsauflösung, der Reichskanzler steht. Stürzen kann man den Dr. Brüning jetzt nicht mehr; daher überlegen sich die an sich in der Mehrheit befindlichen Oppositionsparteien vor allem, wie sie jene Kugel der Reichstagsauflösung vertragen würden. Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten wollen unbedingt den Sturz des Kabinetts Brüning auch unter dem Risiko der Reichstagsauflösung herbeiführen. Um den finanziell besonders notleidenden Gemeinden zu helfen, würde die Sozialdemokratie eine Einführung der Gemeindegetränksteuer beantragen, wenn sie etwa mit allen anderen Steuerordnungen Brünings zusammen durch Annahme des sozialdemokratischen Außerkräftsetzungsantrages beseitigt werden würde, — also ein so ziemlich auf dem Papier stehender Antrag. Ebenso oder vielmehr ähnlich sieht es bei den Deutschnationalen aus, dem anderen Brennpunkt der Krisenellipse. Vor allem wollen sie das Gesetz über die Stillschließung retten, das nämlich noch unmittelbar vor seinem endgültigen Zustandekommen durch eine Reichstagsauflösung bedroht ist, unter den Tisch fallen würde, wenn jener sozialdemokratische Antrag vorher die Gesamtentscheidung herbeizwingt. Es gibt außerdem noch einige andere Entwürfe, denen man ganz gern schnell zum Dasein verhelfen würde, — aber das alles wäre aus und vorbei, wenn Dr. Brüning vorher bei drohender Annahme des sozialdemokratischen Antrages oder auch nach ihm, aber vor Erledigung der noch ausstehenden Gesetze den Reichstag auflöst. Jene Gesetze könnten also wohl nur dadurch vom „Tode“ gerettet werden, wenn bei einer solchen vorhergehenden Austragung der Entscheidung die Deutschnationalen nicht für den sozialdemokratischen Antrag stimmen.

Die offene Entscheidung darüber, ob nun eine Reichstagsauflösung erfolgt oder die Regierung doch die bisher so hart umstrittene, wenn auch stillschweigende Billigung der Deckungsvorlagen erreicht, steht nun aber menschlichem Ermessen nach wirklich unmittelbar bevor. Schon rüftet man sich im Reichstag zur Abreise; die Draußenstehenden werden nun sehr bald wissen, ob diese Ausreise der Abgeordneten in die Ferien hinein vor sich geht oder — in den Wahlkampf.

Was die Notverordnung bringt

Die neuen Steuern.

Reichshilfe — Ledigensteuer — Bürgersteuer — Getränkesteuer.

Im Reichsgesetzblatt sind die Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung über Deckungsmassnahmen für den Reichshaushalt 1930 und die Verordnung über die Zulassung einer Gemeindegetränksteuer, beide vom Tage des 16. Juli, erschienen. Die Verordnung über die Deckungsmassnahmen besagt:

im Titel 1 (§ 1): Zum Ausgleich der Aufwendungen im ordentlichen Reichshaushalt, die sich infolge der schlechten Wirtschaftslage ergeben, werden für die Zeit bis zum 31. März 1931 von den Einnahmen der Personen einmalige außerordentliche Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben.

Im zweiten Titel wird der bereits bekannte Kreis der zur Reichshilfe verpflichteten

Personen des öffentlichen Dienstes festgelegt, eingeschlossen sind die Empfänger von Wartegeld, Ruhegeld — nicht jedoch von Witwen- und Waisengeld — und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistungen, die vom Reich usw. gewährt werden, ferner sonstige Personen,

deren Einnahmen aus öffentlichen Mitteln 8400 Mark jährlich übersteigen und die nicht gegen Arbeitslosigkeit pflichtversichert sind, schließlich Mitglieder des Aufsichtsrats von Aktiengesellschaften usw. sowie von sonstigen Kapitalgesellschaften und Personenvereinigungen des privaten und öffentlichen Rechts, bei denen der Beitragspflichtige nicht als Unternehmer anzusehen ist.

Von der Reichshilfe sind befreit Einnahmen, die den Betrag von 2000 Mark jährlich nicht übersteigen, sowie die gegen Arbeitslosigkeit pflichtversicherten Angehörigen. Die Reichshilfe wird bei der Berechnung des Einkommens abgezogen, sie fließt ausschließlich dem Reiche zu.

Der dritte Titel legt den Zuschlag zur Einkommensteuer für die

Einkommen von mehr als 8000 Mark fest. Für das Kalenderjahr 1929 oder einen in diesem Jahre endenden Steuerabschnitt wird ein Zuschlag zur Einkommensteuer von 5 Prozent erhoben. Bemessungsgrundlage ist die für den Steuerabschnitt 1929 endgültig veranlagte Einkommensteuer. Der vierte Titel regelt den Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen.

Als ledig gelten die Personen, die nicht verheiratet sind, sowie verwitwete oder geschiedene Personen, vorausgesetzt, daß aus ihrer Ehe Kinder nicht hervorgegangen sind. Befreit sind unverheiratete Frauen, denen Kinderermäßigungen zustehen, und Steuerpflichtige, die zum Unterhalt der geschiedenen Ehefrau oder eines bedürftigen Elternteiles seit einem Jahre mindestens 10 Prozent ihres Einkommens aufwenden. Bei der Lohnsteuer der ledigen Personen wird, wenn der Arbeitslohn 2640 Mark

jährlich übersteigt, mit Wirkung ab 1. August 1930 ein Zuschlag von 10 Prozent erhoben. Die Zuschläge werden zusammen mit der Lohnsteuer einbehalten. Bei der veranlagten Einkommensteuer ist der Zuschlag in zwei gleichen Beträgen am 10. Oktober 1930 und 10. Januar 1931 zu entrichten. Bei Einkünften hauptsächlich aus der Landwirtschaft am 15. November 1930 und 15. Februar 1931. Der fünfte Titel behandelt den Finanzausgleich.

Die vorstehend genannten Zuschläge fließen ausschließlich dem Reich zu. Aus dem Gesamtaufkommen (Einkommensteuer und Zuschläge) werden im Rechnungsjahr 1930 zugunsten des Reiches ausgeschrieben: an Lohnsteuer 88 Millionen, aus der veranlagten Einkommensteuer 79 Millionen.

Der sechste Titel enthält Schlussvorschriften. Die zur Durchführung erforderlichen Bestimmungen trifft der Reichsminister der Finanzen. Der zweite Abschnitt behandelt die Bürgersteuer.

Die Gemeinden sind berechtigt, von allen Personen über 20 Jahre eine Bürgersteuer zu erheben. Ausgenommen sind Personen, die unter dem Stichtag des 10. Oktober Kriegsmunterstützung empfangen oder laufende öffentliche Fürsorge genießen. Die sonstigen Bestimmungen sind bereits bekannt. Wenn für das Rechnungsjahr 1930 in einer Gemeinde die Gemeindegrundsteuer oder Gemeindegewerbesteuer über den bis zum 1. Juli 1930 beschlossenen Satz erhöht wird, ist die Gemeinde zur Erhebung der Bürgersteuer verpflichtet.

Der dritte Abschnitt behandelt die Tabaksteuer. Die Zahlungsfristen für die Steuer werden verkürzt, um frühere Einnahmen zu erzielen. Das Kontingent wird um ein weiteres Jahr verlängert, die Steuer für Zigarettenpapier wird von 5 Mark auf 2,50 Mark ermäßigt. Die zweite Notverordnung über die Zulassung

der Gemeindegetränksteuer

besagt, daß die Gemeinden mit Genehmigung der Landesregierung oder der von ihr beauftragten Behörden Steuern auf Bier, Wein, weinähnliche und weinhaltige Getränke usw., Trinkschokolade, Mineralwasser, Tee, Kaffee, Kakao erheben dürfen, soweit die Getränke zum Verzehren an Ort und Stelle verkauft werden.

Drei Änderungen der Deckungsvorlagen.

Die Reichsregierung hat die Deckungsvorlagen nicht unverändert als Notverordnung verhängt; es finden sich vielmehr drei wesentliche Abweichungen von den ursprünglichen Vorlagen. Zunächst sind die Behördenangestellten mit unter 8400 Mark Einkommen vom Notopfer befreit. Zweitens ebenso die Ledigen, die eine geschiedene Frau oder ein Elternteil zu unterhalten und die im letzten Jahre mindestens zehn Prozent ihres Einkommens dafür aufgebracht haben. Drittens sind auch die Mitglieder von Aufsichtsräten wieder in das Notopfer einbezogen worden.

Aufhebung des Stahlhelmsverbots.

Die Erklärung der Stahlhelmführer.

In den Abendstunden des 16. Juli ging im preussischen Ministerium des Innern die nachstehende Erklärung der Bundesführung des Stahlhelms, vom Ersten Bundesführer Selbte und Zweiten Bundesführer Disterberg gezeichnet, ein:

1. Die Bundesführer des Stahlhelms haben erneut von der Auffassung des preussischen Staatsministeriums über die Vorgänge, die zu der Auflösung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen geführt haben,

Kenntnis genommen.

2. Unter Zugrundelegung dieser Auffassung gaben die Bundesführer des Stahlhelms die Erklärung ab, daß sie in Zukunft solche Übungen, wie sie im Oktober 1929 zur Auflösung Anlaß gegeben habe, unterlassen werden. Sie versichern ferner, daß eine den Vorschriften des Gesetzes vom 22. März 1921 zuwiderlaufende Betätigung, namentlich auch die Ausbildung und Übung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch der Kriegswaffe

im Stahlhelm nicht geduldet

wird. Der Stahlhelm wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß diese Verbote reiflos befolgt werden und daß Mitglieder, die den Verböten zuwiderhandeln, aus dem Bund ausgeschlossen werden.

3. Insbesondere werden die Bundesführer dafür Sorge tragen, daß im Falle der Neubildung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen nur solche Landesverbände und Unterorganisationen gebildet werden, bei denen die Gewähr dafür besteht, daß die Anordnungen und Zusicherungen der Bundesführung von allen Mitgliedern befolgt werden.

Auf diese Erklärung ließ der preussische Minister des Innern der Bundesführung des Stahlhelms folgendes Schreiben zugehen:

Nachdem die Bundesführung des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, die Erklärung abgegeben hat, daß in Zukunft die Veranstaltungen solcher und ähnlicher Übungen, wie sie zu der Auflösungsverfügung von 8. Oktober 1929 Anlaß gegeben haben sowie die Beschäftigung mit militärischen Dingen im Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921, namentlich auch die Ausbildung und die Übung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen im Stahlhelm verboten ist und daß der Bund sich mit allen Mitteln für die künftige Befolgung dieser Anordnungen einsetzen wird, werden der Neubildung von Organisationen des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen von der Polizei keine Hindernisse bereitet werden.

Die preussische Staatsregierung setzt dabei im Vertrauen auf die gegebenen Zusicherungen voraus, daß der

etwa neu zu gründende Stahlhelm in den genannten beiden Provinzen damit einen wesentlich anderen Charakter haben wird als die seinerzeit aufgelösten Teile des Bundes und daß auch bei der Führerauswahl diesen Gesichtspunkten ausreichend Rechnung getragen wird. Die preussische Staatsregierung erachtet es im übrigen als selbstverständlich, daß die Wiederzulassung des Bundes nicht zum Anlaß neuer Angriffe gegen die Staatsregierung genommen wird und daß schwebende Beschwerdeverfahren seitens des Stahlhelms gleichfalls als erledigt angesehen werde.

Gleichzeitig hat der preussische Minister des Innern die nachgeordneten Behörden in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen hiervon unterrichtet und mitgeteilt, daß eine etwaige Neubildung des Stahlhelms in den genannten beiden Provinzen nicht zu beanstanden sei.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Deutsche Gerste für deutsches Bier.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der den Reichsernährungsminister ermächtigt, zu bestimmen, in welchem Umfang Mälzereien und Brauereien in der Zeit vom 1. August 1930 bis 31. Juli 1931 verpflichtet sind, in ihrem Betriebe Inlandgerste oder aus Inlandgerste hergestelltes Malz zu verwenden. Auf Antrag der Bayerischen Volkspartei wurde die Ermächtigung auch auf den deutschen Hopfen ausgedehnt.

Hilfe für die Nordmark.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags nahm einen Antrag der Abgeordneten Kuntel und Reinhold an, wonach von den Mitteln für die Grenzlandfürsorge ein angemessener Teil für die Nordmark Schleswig-Holstein abzugewenden sei.

Österreich.

Feier der Abstimmung in Kärnten.

Der Nationalrat beendete seine Frühjahrstagung mit einer Festigung aus Anlaß der zehnten Wiederkehr der Volksabstimmung in Kärnten. Bundeskanzler Schober erklärte u. a., es sei unbedenklich, daß das, was die Kärntener geleistet hätten, niemals in Vergessenheit geraten könne. Er teilte dann mit, daß aus Anlaß der zehnjährigen Befreiungsfeier eine Gedenkmünze geprägt werden solle. Die nächste Serie der Wohltätigkeitsbriefmarken werde der Erinnerung des Kärntener Abstimmungskampfes gewidmet sein.

Rußland.

Eine „deutsche Herausforderung“.

Die deutsche Botschaft in Moskau hat einer sowjetrussischen Abordnung für das kommunistische Weltjugendtreffen in Berlin das Einreisevisum verweigert. Die Verweigerung der Einreise erfolgte auf Grund einer Anweisung der Berliner Polizeibehörde. Sie hat in Moskau großes Aufsehen erregt. Die Jugendverbände Moskaus haben mehrere Kundgebungen veranstaltet, in denen gegen diese „deutsche Herausforderung“ protestiert und gefordert wurde, daß die Sowjetregierung sich für eine Zurücknahme der Berliner Anweisung auf Visumsverweigerung einsehe.

Aus In- und Ausland

Königsberg. Die Führer der Bauernnotbewegung Ostpreußens haben sich telegraphisch an den Reichskanzler gewandt mit der dringenden Bitte, energische Maßnahmen zur Linderung der unerträglichen Not der ostpreussischen Bauernschaft zu ergreifen. Bekanntlich hatte die Polizei bei Mitgliedern der Bauernnotbewegung Hausdurchsuchungen vorgenommen, auch war es bei Zwangsversteigerungen in Villallen zu Zusammenstößen zwischen Bauern und Polizei gekommen.

Hamburg. Der frühere hamburgische Gesandte in Berlin, Senator Dr. Strandeb, ist im Alter von 71 Jahren plötzlich gestorben.

London. Das Oberhaus hat einen Antrag auf die Zulassung von weiblichen Delegierten in das Oberhaus mit 53 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

Sitzung des Reichsrats.

Beratung von Reichstagsbeschlüssen.

Der Reichsrat genehmigte die Änderungen, die der Verkehrsausschuß des Reichstages an der Luftverkehrsordnung und der Haushaltsausschuß an den Richtlinien für die Verwendung der Mittel zur Förderung der Luftfahrtindustrie vorgenommen hatte. Ohne Einspruch zu erheben, nahm der Reichsrat schließlich die Annahme einer Reihe von Gesetzesentwürfen durch den Reichstag zur Kenntnis. Es sind dies die Gesetze über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungsanleihe, über die Vereinigung der Grundbücher, die Verlängerung des Vermählungszwanges für Inländer, die Abänderung der Vereinbarung mit Frankreich über den Warenaustausch zwischen dem Saarbezirk und dem deutschen Zollgebiet, die Auflösung des Reichsausschleichsamtes, das Weingesez und das Kreditgesez 1930.

Die Deutschnationalen wollen verhandeln.

Ein Brief an den Reichskanzler.

Aber das Ergebnis der deutschnationalen Fraktionsführung wird mitgeteilt, daß die Abgeordneten Dr. Eugen-berg und Dr. Oberjohren im Auftrag der Fraktion folgenden Schreiben an den Reichskanzler Dr. Brüning gerichtet haben:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Angesichts der Gefahren, vor denen sich Land und Volk befinden, erlauben wir uns, Ihnen aus unserer Verantwortlichkeit als Oppositionspartei heraus die Frage vorzulegen, ob Sie zu sofortigen Verhandlungen mit den Unterzeichneten über die politische Gesamtlage bereit sind. gez. Dr. Eugen-berg, gez. Dr. Oberjohren.“

Reichstagsauflösung wahrscheinlich.

Verhandlungen Eugenbergs mit dem Reichskanzler ergebnislos.

Wie aus Regierungskreisen verlautet, ist eine einstündige Unterredung zwischen dem Reichskanzler Brüning und den deutschnationalen Führern Eugen-berg und Oberjohren ergebnislos verlaufen. Man hält daher die Auflösung des Reichstages unmittelbar nach der Abstimmung über das Mißtrauensvotum am Freitag für äußerst wahrscheinlich. Sollte die Regierung jedoch — sei es durch Zustimmung einer Anzahl Deutschnationaler oder durch Stimmenthaltung einer Anzahl Sozialdemokraten — eine Ablehnung des Mißtrauensvotums erzielen, so würde sofort zur Abstimmung über die Aufhebungsanträge geschritten werden.

Kontrollstelle für Reichskredite.

Das Geld für Osthilfe und Arbeitsbeschaffung.

Der Bedarf an Kapital, der sich für die verschiedenen Zwecke des Reiches, insbesondere für die mit der Osthilfe und dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammenhängenden Fragen, im Laufe dieses Haushaltsjahres fühlbar machen wird, hat Veranlassung dazu gegeben, daß der Reichsbankpräsident im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister die beteiligten Ressorts und sonstigen mit der Kapitalbeschaffung befaßten Stellen des Reichs und Preußens zu einer Besprechung eingeladen hatte. Um für die Dauer eine Einheitlichkeit in der Kreditversorgung für diese Zwecke sicherzustellen, soll in Zukunft allmonatlich eine beratende Aussprache unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten stattfinden. Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen soll Sonderbesprechungen der an ihr unmittelbar beteiligten Stellen mit der Reichsbank vorbehalten bleiben und durch die Reichsbank oder in enger Fühlung mit ihr erfolgen.

Die Polizeizuschüsse an Thüringen.

Der Streit vor dem Staatsgerichtshof.

Vor dem Staatsgerichtshof hat die Verhandlung des verfassungsrechtlichen Streitverfahrens wegen Erlasses einer einstweiligen Verfügung über die Weiterführung der Polizeizuschüsse an Thüringen durch das Reich stattgefunden.

Thüringen erklärt, es sei gezwungen, wenn der Polizei die Kostenzuschüsse weiter gegeben würden, vielleicht auf freiwillige unbezahlte Dienstleistung

der Landesbewohner für Polizeizwecke zurückzugreifen. Das Reich macht zunächst prozessual- und verfassungsrechtliche Einwendungen geltend. Der Staatsgerichtshof sei zur Verhandlung der Angelegenheit nicht zuständig, denn der Reichsminister des Innern sei allein derjenige, der berechtigt und in der Lage sei, festzustellen, ob ein Land gegen den § 1, Absatz 6 gefehlt habe. Das Reich müsse unter Umständen bei Bildung einer freiwilligen Polizei in Thüringen auf Artikel 48 der Verfassung zurückgreifen.

Thüringen könne ruhig Nationalsozialisten in die Polizei einstellen, das könne ihm niemand verwehren; aber man könne andererseits das Reich auch nicht verpflichten, dann die Leistung freiwilliger Subventionen weiterzugewähren.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes wird am Freitag verkündet werden.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 18. Juli 1930.

Hundstage.

Da werden Sie aber lachen: nur ein paar Tage noch trennen uns von den Hundstagen, und das klingt doch wirklich wie ein Witz. Es sieht zurzeit nicht so aus, als ob wir nun sofort die gefürchtete Hundstagshitze bekommen würden, und wenn es nicht im Kalender stünde, daß am 23. Juli die Hundstagszeit offiziell anfängt, würde es, wie die Wetterlage augenblicklich ist, kein Mensch für möglich halten. Möglich, daß bis zum 23. Juli noch allerlei Wölkchen über uns hinwegziehen und daß das Thermometer über Nacht wieder bis zu 30 Grad Celsius und darüber klettert — möglich, aber nicht ganz wahrscheinlich. Die richtige Hundstagshitze haben wir in diesem Sommer schon als Vorstufe bekommen, und es ist nicht anzunehmen, daß wir sie pünktlich zur offiziellen Hundstagsstunde in neuer Auflage serviert kriegen. Bis zum 23. oder 24. August rechnet man die Hundstagszeit, die Zeit, in der die Sonne so wild wird, weil sie das Zeichen des Löwen durchläuft. Der Löwe ist auch im Tierkreis am Himmelsgewölbe ein Krieger, und der Name „Hundstage“ mißt uns unangebracht dünken. Wenn wir nicht wüßten, daß durch die Astronomen die entsprechende Jahreszeit dadurch bestimmt wurde, daß mit der Sonne zugleich der Hundstern oder Sirius auf- und unterging. Wir sprechen in der Vergangenheit, weil die Sache nicht bei uns, sondern von den alten Griechen ausgeht. Aber auch in Deutschland gilt ja, wie wir bereits angedeutet haben, die Hundstagszeit im allgemeinen für die heißeste Zeit des Jahres, wiewohl gegen ihr Ende hin auch in normalen Sommern die Abnahme der Wärme öfters sehr merklich wird. Es wäre vielleicht noch zu sagen, daß im alten Griechenland mit den Hundstagen mancherlei Unangenehmes in Verbindung und in Beziehung gebracht wurde. Hippokrates, der berühmteste Arzt des Altertums, meinte, daß in den Hundstagen die Gallenkrankheiten überhandnahmen, aber die Ärzte unserer Zeit wollen davon nichts bemerkt haben. Auch andere Hundstagserscheinungen früherer Zeiten, zum Beispiel die berühmte Seeschlange, werden von uns Aufgeklärten nicht mehr ganz ernst genommen. Dagegen glauben wir alle noch an die „saure Gurte“, denn die gibt es wirklich.

—* **Kriegsgefangenen-Friedhöfe.** Die Statistik zeigt, daß viele tausend Kriegsgefangene fern der Heimat eine Ruhestätte fanden. Die jährlichen Zahlen bekunden die große Sterblichkeit der deutschen Kriegsgefangenen hinter dem Stacheldraht, die nicht zuletzt auf die schlechte Behandlung und deren Folgen zurückzuführen ist. Allein in Frankreich starben 25 229 deutsche Kriegsgefangene, ohne die bis jetzt unaufgeklärten Mordfälle (40000). Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat in einem sechsjährigen Sonderdruck mit Bildern aus der Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ einen Aufsatz „Kriegsgefangenen-Friedhöfe in Frankreich“, veröffentlicht, der die Beachtung, nicht nur der ehemaligen Kriegsgefangenen, sondern auch der ganzen Öffentlichkeit finden dürfte. Von einer Anzahl Kriegsgefangenenfriedhöfe in Frankreich, für die zum Teil die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener die Patenschaft übernommen hat, wird in diesem Aufsatz ausführlich berichtet. Interessenten erhalten den Sonderdruck auf Anfordern vom Gau Westfalen-Ost u. Lippe der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener e. V. (Geschäftsstelle: Johannes Tölle, Essen bei Paderborn).

—* **Die öffentlichen Geldinstitute der Provinz Westfalen im Monat Juni 1930.** 1. Die westfälischen Sparkassen. Der Zuwachs an Spareinlagen bei den westfälischen Sparkassen im Monat Juni betrug 4,0 Millionen RM gegenüber 5,9 Millionen RM im Juni 1929. Der Spareinlagenbestand belief sich auf 902,8 Millionen RM. Die Scheck- und Kontokorrenteinlagen nahmen um 4,9 Millionen RM ab und belaufen sich jetzt auf 112,0 Millionen RM. Der Gesamtbestand bei den westfälischen Sparkassen beträgt mithin 1013,8 Millionen RM. An Sparbüchern wurden ca. 14 000 Stück ausgefertigt.

2. Die Landesbank und das Pfandbriefamt für Hausgrundstücke. Die Bilanzsumme der beiden Institute belief sich Ende Juni auf 520 Millionen RM, gegenüber 457 Millionen RM Ende Juni vor. Zrs. Die Umsätze betrugen im Juni 1930 746 Millionen RM. Die Landesbank beabsichtigt, eine 7% Goldkommunalanleihe herauszugeben zum Ausgabefuß von 93,75 %. Es liegen bereits zahlreiche Voranmeldungen vor.

3. Die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen. Im Juni wurden der Anstalt Versicherungen im Gesamtbetrag von 1,6 Millionen RM neu zugeführt.

—* **Pfeife, Auto und Verzin.** Kürzlich ereignete sich in einem Dorfe bei Hannover ein Vorfall, der es verdient, überall bekannt zu werden. Möge er zur eindringlichen Warnung dienen: In einer ländlichen Autogarage wird gearbeitet, und ein Zuschauer fühlt sich genötigt, eine Pfeife anzuzünden. Dicht neben ihm steht ein Topf mit Benzin, der natürlich sofort Feuer fängt. Nun ist Holland in Not. Der Mißfater versucht, den brennenden Topf ins Freie zu bringen, gerät dabei aber selbst in Gefahr. Ein Tuch, mit dem man die Flammen erstickt will, verbrennt sofort, mit Mühe nur gelingt es, die in der Nähe stehenden Autos zu retten und endlich das Feuer zu erstickten. Der Pfeifenraucher aber hat so schwere Brandwunden erlitten, daß er für einige Wochen arbeitsunfähig ist. Und welches Unheil wäre erst entstanden, wenn ein in der Nähe lagerndes Faß mit Benzin explodiert wäre? Das Schicksal dieses leichtsinnigen Pfeifenrauchers möge allgemein als Warnung dienen. Abgesehen von den Schmerzen, den verbrannten Kleidern, dem Verdienstausschlag und den Arztkosten kann er natürlich auch noch wegen fahrlässiger Brandstiftung bestraft werden. In allen Räumen, in denen feuergefährliche Sachen lagern oder gebraucht werden, darf weder geraucht, noch mit offener Flamme hantiert werden. Große, gut lesbare Rauchverbotsplakate sollten in und an solchen Räumen stets hängen. Auch ist eine Kontrolle dieser Räume, vor allem der Autogaragen, notwendig, ob sie den polizeilichen Vorschriften entsprechend hergerichtet sind und sonst dem Feuerchutz Genüge getan ist. Auch ist die Unterweisung in der Bekämpfung von Benzinbränden dringend notwendig.

Halver

Grundsteinlegung zur katholischen Kirche Halver. Der kommende Sonntag wird für die katholische Gemeinde Halver ein Tag von ganz besonderer Bedeutung sein. Jahrzehnte hindurch haben sich die Katholiken von Halver mit äußerst ärmlichen religiösen Verhältnissen abfinden müssen. Obwohl im Laufe der Jahre, namentlich von 1912 ab, die Gemeinde sich aufwärts entwickelte und bis auf über 600 Seelen anwuchs, stand ihr doch nur die im Wohnhause des Geistlichen eingerichtete kleine Kapelle zum Abhalten des Gottesdienstes zur Verfügung. Immer deutlicher zeigte

sich die dringende Notwendigkeit, eine Kirche zu bauen, die der Zahl der Katholiken genügt. 1925 wurde der Anfang zur Errichtung dieses Zieles gemacht, ein sehr günstig gelegener Bauplatz an der Hochstraße wurde erworben. Und jetzt nach weiteren fünf Jahren soll endlich das Gotteshaus entstehen. Nachdem vor zwei Monaten der erste Spatenstich getan, sind jetzt bereits die Maurerarbeiten rüstig im Gange, sodas der Grundstein gelegt werden kann. Der kommende Sonntag ist nunmehr zu dieser Feier auserkoren. Nachmittags 4.30 Uhr wird sie beginnen. Herr Dekant Ostermann von Hagen, zu dessen Dekanat die Gemeinde Halver gehört, wird die Grundsteinlegung vornehmen. Auch mehrere Nachbarpfarrer und Vertreter der weltlichen Behörde werden bei der Feier zugegen sein. Der Kirchenchor von Nadebornwald und der Posaunenchor von Egen haben ihre Mitwirkung zugesagt. Auch ist gewiß zu erwarten, daß manche Katholiken aus den benachbarten Gemeinden sich einfinden werden, um an der Freude ihrer Glaubensgenossen in Halver teilzunehmen. Möge dieser Tag der Anfang einer neuen glücklichen Zeit für die katholische Gemeinde Halver werden! Mögen die Arbeiten am dem Kirchenbau unter den Segen Gottes voranschreiten, sodas möglichst schon Ende Oktober die Einweihung des neuen Gotteshauses erfolgen kann!

—I **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag ist in den Kontorraum der Bohrerfabrik Gebr. Eder, Carlshöhe ein Einbruchsdiebstahl verübt worden. Den Tätern ist ein kleiner Geldbetrag und einige Briefmarken in die Hände gefallen. Allem Anschein nach hat man es auf Geld abgesehen, da sonst nichts wesentlichen gestohlen worden ist. — In Kierspe wurde in der vorhergehenden Nacht in die Kontorräume der beiden Firmen August Plate und Plate & Boerster ebenfalls eingebrochen. Auch hier hat man nur den Briefmarkenvorrat mitgenommen. Anscheinend handelt es sich in allen drei Fällen um dieselben Spitzbuben.

—I **Der Verband der Schießklubs von Halver und Umgegend** feiert am Sonntag im Saale der Carlshöhe sein 4. Verbandstest. Außer Einzelschießen findet auch Vereins- und Wandlerpreisschießen statt. Wertvolle Preise stehen den Siegern zur Verfügung. Den Abschluß der Veranstaltung bildet der Tanz. Die Preise sind im Schaufenster des Manufakturwarengeschäftes Robert Grüber ausgestellt. (Siehe auch gestrige Anzeige.)

—I **Die Nachbarschaft-Sterbekasse des Schulbezirks Geesfeld** hielt am Sonntag, den 13. Juli im Lokale Ernst vom Berg Dekinghausen ihre Halbjahrsversammlung ab. Die Besucherzahl war im Hinblick auf die Mitgliederzahl sehr gering. Der 1. Vorsitzende Carl Eider eröffnete die Versammlung um 5 1/2 Uhr. Er dankte den Anwesenden für das Erscheinen und gedachte der Verstorbenen mit warmen Worten, die Ehrung fand in üblicher Weise statt. Als dann das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen und genehmigt war, konnte man zur Tagesordnung übergehen. Der Kassenbericht wurde vom Kassierer Albert Wehner in ausführlicher Weise erstattet. Das Vermögen der Nachbarschaft beträgt 2805,64 Mk. Die Kasse war von den Mitgliedern geprüft und für richtig befunden worden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Um dem Kassierer seine Arbeit etwas zu erleichtern wird um pünktliche Zahlung der Beiträge ersucht, womit in den nächsten Tagen begonnen wird. Nachdem unter Punkt Verschiedenes eine rege Aussprache stattgefunden hatte, konnte die in allen Teilen gut verlaufene Versammlung ordnungsgemäß geschlossen werden.

Kierspe

—s **Vienenzucht-Verein Kierspe.** Es ist beabsichtigt, dem hiesigen Vienenzucht-Verein wieder neues Leben zu geben, und soll zu dem Zweck, wie aus dem heutigen Inseratenteil hervor geht, am Sonntag vormittag eine Versammlung stattfinden, zu der alle Interessierten eingeladen sind. Der alte Vienenzucht-Verein hat in früheren Jahren ersprießliche Arbeit zum Nutzen seiner Mitglieder geleistet, und dürfte die Anregung, den alten Geist neu zu erwecken, auf fruchtbaren Boden fallen. Durch gemeinsame Arbeit wird es möglich sein, Vorteile in der Zucht zu gewinnen. Als eine der ersten Aufgaben, die der Verein jetzt zu erfüllen hat, ist die Beschaffung von Vienenzüchtern für die Winterfütterung und manches andere. Es liegt daher im Interesse aller Vienenzüchter, an der Versammlung teilzunehmen.

Lüdenscheid, 17. Juli. Petri Heil! Ein Lüdenscheider Herr, der seine Ferien an der Mosel verbrachte, fing dort einen Hecht von 17 1/2 Pfund. Der glückliche Fischer ist kein Sportfischer, sondern er hat nur zum Zeitvertreib einmal die Angelrute zur Hand genommen.

Lüdenscheid, 17. Juli. In Marienheide erschöpfte sich der Direktor des hiesigen Arbeitsamtes, nachdem er zuvor sein 4-jähriges Töchterchen erschossen hatte. Der Unglückliche war verheiratet, seine Frau hatte er im Dezember v. J. verloren. Erst seit 1 1/2 Jahren hatte er den Posten in Lüdenscheid inne. Was den Mann zu der Tat veranlaßt hat, ist unbekannt. Er war vor einigen Tagen erst von einer Erholungsreise zurückgekehrt und machte jetzt mit seinem Töchterchen die Reise nach Marienheide, wo er seine Verwandte hat. Er verübte die Tat in einem Gasthof. Mitleidlich wird mitgeteilt, daß irgendwelche Verfehlungen nicht vorliegen.

Lüdenscheid, 18. Juli. Das Pferd im Kolonialwarengeschäft. Heute früh gegen 8 Uhr versagte an einem mit Holz beladenen Pferdekarren, das die obere Hasleystraße hinabfuhr, die Bremse. Infolgedessen schob der schwere Wagen das Pferd die Straße hinab und durch die verschlossene Geschäftstür in ein Kolonialwarengeschäft an der Ecke Hasley- und Gartenstraße. Im Laden wurde eine arge Verwüstung angerichtet: die Glashäkel wurde zertrümmert, ein Schaukasten zertrümmert und Kisten eingedrückt. In wirrem Durcheinander lagen Eier, Schokolade, Kollmöpfe und Seife; ein nicht geringer Schaden ist entstanden. Das Pferd kam mit leichten Kopferletzungen davon, den Anprall nahm meist die Wagendeichsel auf.

Kemscheid, 17. Juli. Ein niederträchtiger Streich. Gestern in der ersten Morgenstunde suchten im Stachelhauser Bezirk Einbrecher mehrere Gartenhäuser heim. Als sie dort nichts fanden, was ihnen des Mitnehmens wert erschien, zogen sie zu dem Gartenhaus des an der Honsbergerstraße wohnenden schwerkriegerbeschädigten Arbeiters Schneider. Anscheinend aus Ärger darüber, daß sie auch hier nichts Geeignetes erbeuten konnten, steckten sie das Gartenhaus in Brand. Es fiel vollständig den Flammen zum Opfer samt einer vollständigen Schlafsimmereinrichtung, die vor einigen Tagen dort untergestellt worden war. Dem Kriegerbeschädigten ist dadurch ein schwerer Verlust entstanden. Hoffentlich gelingt es der Kriminalpolizei bald, die nichtswürdigen Frebler zu fassen, damit sie die verdiente Strafe bekommen können.

Sturmpause im Reichstag

Die Hilfsgeetze für die Landwirtschaft

Deutscher Reichstag.

(202. Sitzung.) CB. Berlin, 17. Juli.

Auf den Plänen der Abgeordneten ist das Reichsgesetzblatt mit den Notverordnungen des Reichspräsidenten niedergelegt. Präsident Ebert verleiht die eingegangenen Anträge der Sozialdemokraten, die Notverordnungen aufzuheben und der Reichsregierung das Mißtrauen auszusprechen. Er werde bei der Feststellung der nächsten Tagesordnung auf die Anträge zurückkommen.

Das Haus setzt dann die zweite Beratung des Osthilfsgesetzes.

fort. Abg. Behrens (Christlichsozial): Die größte Gefahr für den Osten ist die Entvölkerung. Die Not des Ostens kann nicht nur rein wirtschaftlich, sondern muß auch sozial und kulturell betrachtet werden. Die Siedlung im Osten muß vor allem durch eine Senkung der viel zu hohen Baukosten gefördert werden. Der Landwirtschaft im Osten ist nur zu helfen, wenn die Löhne der Landarbeiter erheblich verbessert werden.

Von den Kommunisten ist inzwischen ebenfalls ein Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen sowie ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsminister eingebracht worden.

Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Vp.): Der Geltungsbereich der Osthilfe darf nicht nach geographischen Gesichtspunkten begrenzt werden. Die Ostgrenze Bayerns gegen die Tschechoslowakei ist nationalpolitisch ebenso gefährdet wie die preussische Grenze gegen Polen. Das Hauptgewicht muß im Osten auf eine gesunde Bauernpolitik gelegt werden. Der Redner begründet Anträge, die Hilfe auch

auf die südostdeutschen Gebiete

auszudehnen. Abg. Beck-Doppeln (Ztr.): Die übertriebenen Erwartungen hinsichtlich der Osthilfe werden vielfach auch bittere Enttäuschungen zur Folge haben.

Abg. Jäder (Soz.): Arbeitslose will man zu Landarbeitern umschulen. Die Landwirtschaft ist ja auch mit Arbeitskräften überfüllt. In Ostpreußen werden sogar

12 000 polnische Arbeiter beschäftigt.

Gleichzeitig müssen aber 15 000 deutsche Arbeiter aus Ostpreußen auswandern, weil sie dort keine Existenz mehr finden. Weit über eine Milliarde will die Vorlage den landwirtschaftlichen Unternehmern zuwenden, für die Landarbeiter aber geschieht nichts.

Abg. Neumann (Ztr.): Der Staatskommissar für die Osthilfe muß sachkundig sein und sich mit seiner ganzen Person einsetzen. Der Kommissar Rönneburg hat sich durchaus bewährt.

Abg. Menzel (Din.): In Pommern hat die Dürre

schwere Schädigungen hervorgerufen. Auch dort muß geholfen werden.

Abg. Puk (Komm.): Das Gesetz bringt in erster Linie Unterstützung für die wohlhabenden und üppig lebenden Großgrundbesitzer. Dem

Elend der Kleinbauern

wird nicht gesteuert.

Abg. Lemmer (Dem.) ist für Einbeziehung der Provinz Pommern in die Osthilfe.

Abg. Gaudorfer (Dt. Bauernpartei) wendet sich gegen die Bevorzugung der Großgrundbesitzer und fordert auch

Hilfe für Bayern.

Damit schließt die Aussprache und die Abstimmung beginnt. Das Osthilfsgesetz und das Gesetz über die Ab- und Lösungsbauk werden im wesentlichen in der Ausschussfassung

in zweiter Beratung angenommen.

Beschlossen wird u. a., daß in den Vollstreckungsausschuss auch Be-

triebe von Handwerk, Handel und Gewerbe einbezogen werden sollen. Arbeiten auf Grund des Osthilfsgesetzes sollen nur Firmen gegeben werden, die ihren Hauptsitz im Osten haben. Die zahlreichen Ausschussentscheidungen werden angenommen. Es folgt die zweite Beratung

des Milchgesetzes.

In der Debatte wendet sich die Abg. Frau Warm (Soz.) gegen die Bestimmung, die Nachahmungen von Milch und Milchzeugnissen verbietet, mit Ausnahme von Margarine und Margarinestoffen. Sie beantragt

Kenntlichmachung dieser Kunstprodukte.

Präsident Jüdenast vom Reichsgesundheitsamt ersucht dringend, die von der Abg. Warm beanstandete Bestimmung bestehen zu lassen. Reichsministerpräsident Brüning ist bereit, bei der Festsetzung der Milchpreise Preisabschlüsse heranzuziehen. Der Gesetzentwurf wird nach Ablehnung des Antrages der Frau Warm mit unwesentlichen Abweichungen in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Beratung sowie in der Schlussabstimmung angenommen.

Es beginnt die zweite Beratung der Kriegsbeschädigtennovelle. Künftig soll die Neuanmeldung von Renten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ausgeschlossen sein. Ein weiterer Abbau der Kriegsbeschädigtenversorgung soll nach einer Ausschussentscheidung im Herbst nicht mehr in Frage kommen.

Abg. Sparrer (Dem.) gibt für die Regierungsparteien die Zustimmung zu der Novelle ab. Die Abgeordneten Hoffmann (Soz.), Graf-Dresden (Komm.), Frau Ansförge (Soz.) und Passelt (Soz.) haben Bedenken gegen die Vorlage, und der letztgenannte Redner stellt Abänderungsanträge.

Damit schließt die Aussprache. In der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag auf Weitergewährung der Altersbeihilfe mit 246 gegen 190 Stimmen abgelehnt. Die Novelle selbst wird in der Ausschussfassung unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in zweiter Entscheidung angenommen.

Runmehr vertagt sich das Haus bis 7 Uhr, zu welcher Zeit eine Abend Sitzung angesetzt ist.

Die Abend Sitzung.

Die zweite Sitzung wird pünktlich eröffnet. Zur zweiten und dritten Beratung stehen das Abkommen mit Dänemark, Danzig, Polen und Schweden über die Regulierung der Schollen- und Mäandernfischerei in der Ostsee, weitere Freundschafts- und Handelsverträge mit dem Königreich des Libanon, Norwegen, Türkei und Finnland.

Angenommen wird weiter eine Novelle zur Zivilprozessordnung, welche die Bestimmungen über das schiedsrichterliche Verfahren den internationalen Vereinbarungen anpassen will. Genehmigt wird ein Antrag der Regierungsparteien über die Erteilung von Ausfuhrbescheinigungen bei der Ausfuhr von Schweinen usw., ebenso ein Ausschussantrag, der die Aufhebung der für die deutsche Luftschiffahrt bestehenden Beschränkungen verlangt.

Dann vertagt sich das Haus auf Freitag.

Der Reichstag will in die Ferien.

Schluss der Tagung am Sonnabend.

Der Ältestenrat des Reichstags beschloß, die Arbeiten des Reichstags möglichst noch in dieser Woche abzuschließen. Es ist in Aussicht genommen, am Freitag alle zweiten Lesungen und am Sonnabend alle dritten Lesungen stattfinden zu lassen. Am Sonnabend würde also auch die dritte Lesung des Haushalts vorgenommen werden. Die Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten haben die Forderung gestellt, daß auch das Pensions- und Lösungsgesetz noch erledigt wird.

mann, Siebel und Freiherr von Freyberg. Ferner kamen am gleichen Tage sieben Polen aus Polen. Außer diesen Maschinen erreichten auch ein Engländer und ein Spanier schon am ersten Tage Staaken. Am Donnerstag trafen weitere sieben Maschinen ein, und zwar zwei deutsche, eine französische und drei englische, darunter Kapitän Broad, Lady Bailey und ein Spanier.

Nachklang zum Leipziger Waffendiebstahl

Der Rest der gestohlenen Waffen gefunden.

In Böhlitz-Ehrenberg wurde ein Brüderpaar mit Namen Jurich verhaftet, die im Verdacht standen, Waffen verborgen zu halten. Bei genauer Nachforschung in der Umgebung der Wohnung der Jurichs wurden unter dem Pflaster im Hofe der Jurichs Wohnung eine Kiste mit Maschinen-gewehren gefunden. Die weitere Untersuchung ergab, daß es sich um den Rest der im Februar aus einer Infanterietasche in Leipzig gestohlenen Waffen handelt.

Weitere Vernehmungen im Landvolkprozeß

„Nacht es nicht so dumm wie die Bauern von Weidenfleth.“

Im Landvolkprozeß in Jhehoe gelangte eine Vortragsreise der Angeklagten Wesche und Kuhl in Pommern zur Sprache. Wesche erklärte, erst durch die Anklageschrift sei er dazu angeregt worden, sich mit der Staatsform zu beschäftigen. Er mache kein Hehl daraus, Monarchist zu sein, wäre aber bereit, auch für die Republik zu kämpfen, wenn diese zur Abschüttelung der Fesseln aufrufe, die die internationale Hochfinanz Deutschland auferlegt habe. Der Vorsitzende verwies den Angeklagten darauf, daß er in den Versammlungen über die Weidenflether Ausschreitungen berichtet habe, und fragte, ob der Angeklagte gesagt habe, die Bauern sollten es ebenso machen. Wesche erklärte, daß er im Gegenteil gesagt habe: „Nacht es nicht so dumm wie die Bauern von Weidenfleth.“ Die Verhandlung wurde dann auf Freitag vertagt.

Das Urteil im Heimbürger-Prozeß.

Westenberger erhält fünf Jahre Gefängnis.

Das Schwurgericht beim Landgericht II verurteilte den Nationalsozialisten Westenberger wegen vollendeten Totschlages in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch und Raubhandels zu fünf Jahren Gefängnis und fünfjährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Die sechs mitangeklagten Nationalsozialisten erhielten Gefängnisstrafen in Höhe von zwei Jahren bis zu neun Monaten. Auch ihnen wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf bzw. drei Jahren aberkannt. Die Untersuchungshaft wurde den Angeklagten in voller Höhe angerechnet.

Schwere Explosion auf einem Tankkahn.

Gefährdung der Schifffahrt im Harburger Hafen.

In Harburg-Wilhelmsburg ereignete sich auf einem im dritten Seehafenbecken bei den Mineralölwerken Rhénania-Offag liegenden Tankkahn aus unbekannter Ursache eine schwere Explosion, durch die der Vorderteil des Fahrzeuges aufgerissen wurde. Von den sechs Personen, die sich auf dem Kahn befanden, konnten drei über Bord springen und sich durch Schwimmen retten; die übrigen wurden schwer verletzt. Bei der Explosion sind etwa fünf Tonnen Benzin ausgelaufen. Infolge der Gefährdung der Schifffahrt durch das ausgelaufene Benzin wurde das ganze Hafenbecken abgesperrt. Auf sämtlichen Fahrzeugen, die dort lagen, mußten die Feuer gelöscht werden. Auch die Schiffspassage außerhalb des Hafenbeckens mußte eine Zeitlang unterbrochen werden.



Der verunglückte Niagara-Fahrer, der Grieche George Stathakis, mit seiner Tonne, in der er sich die Niagarafälle hinabstürzen ließ. Erst nach Tagen wurde die Tonne aufgefunden; sie war unversehrt, jedoch der waghalsige Grieche war erstickt.

Gefahren der Pensionskürzung.

Das Pensionskürzungsgesetz im Haushaltsausschuß.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten das Pensionskürzungsgesetz auch in zweiter Lesung angenommen.

Reichsfinanzminister Dietrich erklärte, innerhalb des Kabinetts beständen schwerste Bedenken dagegen, diese Angelegenheit überfärzt zu behandeln. Die allgemeine Pensionskürzung auf 12 000 Mark werde die besten Kräfte abhalten, in den amtlichen Dienst zu treten. Die Reichsregierung sei bereit, auf dem ordentlichen Gesetzgebungswege im Herbst einen Entwurf vorzulegen, der die Mängel im Pensionswesen beseitige. Auch Justizminister Bredt bat, von einer Beschlußfassung im gegenwärtigen Augenblick abzusehen. Trotz der Regierungsbedenken wurde die Vorlage vom Ausschuss angenommen.

Lasten auf schwachen Schultern.

Starke Anzeichen der Wohlfahrtserverschärfen in den kleinen und mittleren Städten.

Nach der monatlichen Statistik des Reichsstatistikbundes sind in rund 1200 kleinen und mittleren Städten am 30. Juni rund 70 000 Wohlfahrtserverschärfen ermittelt worden, d. h. 9 unterstützte Parteien (ohne Zuschlagsempfänger) auf 1000 Einwohner. Am 31. Mai betrug die Zahl der unterstützten Wohlfahrtserverschärfen rund 63 000 oder 8 auf 1000 Einwohner, so daß im Juni eine Steigerung von 12 ½ Prozent eingetreten ist. Seit dem 30. September 1929 hat sich die Zahl der laufend unterstützten Wohlfahrtserverschärfen in den kleinen und mittleren Städten mehr als verdreifacht. Besonders Beachtung verdient die Tatsache, daß die Zahl der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung zurückgegangen ist.

Reformen im Gesundheitswesen.

Reichskonferenz der Krankenpfleger.

Der deutsche Verband für die beruflichen Kranken- und Wohlfahrtspfleger trat in Dresden zu seiner dritten Reichskonferenz zusammen. Der Verbandsvorsitzende Dedebach, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, begrüßte die Delegierten. Die Reichskonferenz habe Stellung zu nehmen zu der organisatorischen und beruflichen Lage des Pflegepersonals, zu den Rationalisierungsfragen im Gesundheitswesen und zu den rechtlichen Reformen für das ärztliche und Pflegepersonal aus dem neuen Straßengesetzentwurf. Obermedizinalrat Dr. Endler überbrachte die Grüße des Landesgesundheitsamtes. Einen zusammenfassenden Rückblick auf die Entwicklung des Verbandes nach der organisatorischen und beruflichen Seite hin gab E. Randzia.

Revolution in Aegypten?

Britische Kriegsschiffe vor Alexandria.

Macdonald machte dem Englischen Unterhaus die wichtige Mitteilung, daß die britische Regierung zwei Kriegsschiffe nach Alexandria geschickt habe, wo ernste Unruhen ausbrechen seien.

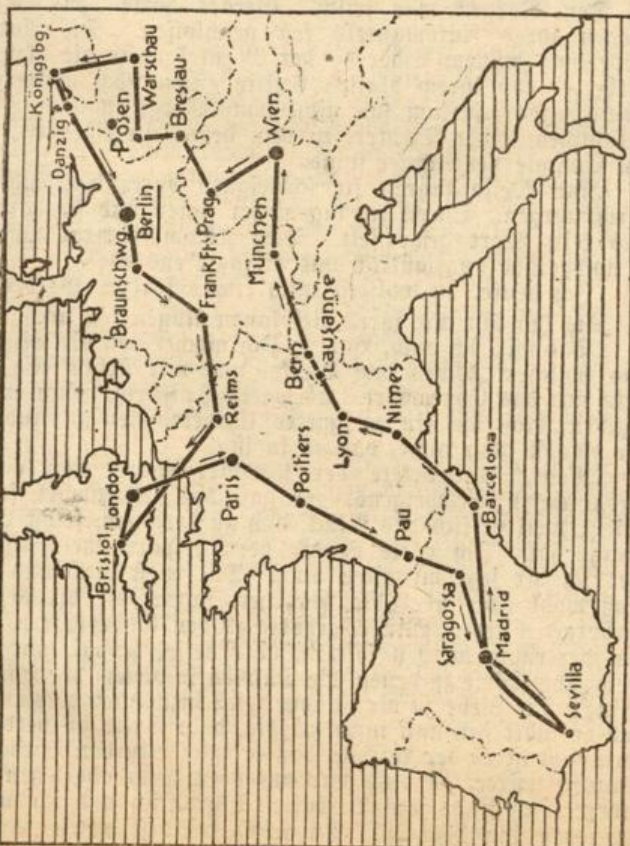
Vor dem Krankenhaus in Alexandria kam es zu weiteren Kundgebungen. Die Menge bombardierte das Tor des Gebäudes mit Steinen, weil der Staatsanwalt die Herausgabe der Leichen der Unruhen vor der gerichtlichen Untersuchung verweigert hatte. Die Polizei konnte die Ordnung nur mit Mühe wiederherstellen. Am späten Abend wurden die Leichen der Menge übergeben.

Das Diplomatische Korps in Aegypten wird zur Erörterung von Maßnahmen zusammentreten, da man bei der Ankunft der britischen Kriegsschiffe mit der Möglichkeit neuer Unruhen rechnet.

Sammeln zum Europaflug.

Das Eintreffen der Wettbewerber.

Nachdem am Mittwoch die Ankunft für die Europaflieger freigegeben war, trafen sofort am ersten Tage 27 Wettbewerbsmaschinen in Staaken ein. Davon sind, da Deutschland in der Welteinfahrt bei weitem an erster Stelle steht, auch die meisten deutsche Maschinen. Bis Mittwochabend waren 17 eingetroffen, darunter die bekannten Flieger Bolte, Voh, Offer-



Die Strecke des Europafluges 1930.

Bermischtes

„D. L. P.“ Was das heißt? Aber selbstverständlich doch: Deutsche Ledigen-Partei! Noch gibt es sie nicht, aber sie ist auf dem Marsche, und wir werden uns ihrer bald erfreuen dürfen. Im Inseratenteil einer Berliner Zeitung stand dieser Tage zu lesen:

„D. L. P.“

„Deutsche Ledigen-Partei.“

Gründung bevorstehend; lediger Volkswirtschaftler, Jurist, glänzender Redner, gesucht.

Angebote unter . . .

So ist's richtig! Wenn wir schon eine Ledigensteuer beschert bekommen haben, müssen wir natürlich auch die dazugehörige Ledigenpartei haben. Wenn zwei Deutsche sich irgendwo begegnen, gründen sie sofort einen Verein — sind es aber drei, so bilden sie eine der noch fehlenden Parteien. Die Ledigenpartei wird unbedingt ein Ledigenpartei-programm veröffentlichen mit der Devise: „Ledige Deutschlands, wahret eure heiligsten Güter: die Freiheiten, die ihr euch bis jetzt herausnehmen durftet, ohne dafür eine Extragebühr zu bezahlen!“ Es könnte aber auch so kommen, daß sich ein Lediger und eine Ledige in der Partei näherten und sich dann zu einer Ehe zusammenschließen. Auf diese Weise könnte eines schönen Tages die ganze Partei geprengt werden. Die Regierung dürfte daher das größte Interesse daran haben, daß „die Partei als solche“ erhalten bleibt, sonst kriegt sie keine Steuern ein — die Regierung. Möglich, daß sie für die Aufrechterhaltung der „D. L. P.“ dadurch sorgt, daß sie den eingeschriebenen Parteimitgliedern kleine Steuernachlässe gewährt.

Besuchen Sie **zuerst** Montag früh **meinen**

SOMMER-AUSVERKAUF

Sie werden überrascht sein über die niedrigen Preise.

— Noch nie so billig. — Wer zuerst kommt, hat die größte Auswahl —

Es kommen zum möglichst vollständigen Ausverkauf weit mehr als **1000** Damen-, Kinder-Mäntel und Kleider.

Große Posten Herren- und Knaben-Anzüge und Paletots.

Damen-Kleider in Seide, Wolle, Crêpe-Georgette, Wolle u. Baumwoll-Neuheiten **Ausverkaufspreis von 1.50 an**

Damen-Mäntel in Rips, Fleur de laine, Charmelaine u. engl. Stoffen **Ausverkaufspreis von 6.50 an**

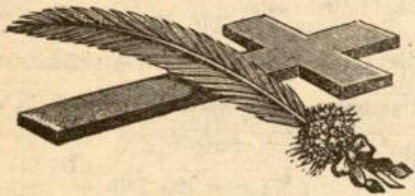
Ohne Rücksicht auf frühere Preise **elegante Mäntel u. Kleider** enorm billig, zum Teil weit unter Einkauf.

Herren-Anzüge nur gute Qualitäten, eleg. verarb., Kammgarn **Serie I 48.00 Serie II 66.00**

Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Damenwäsche, Bettbezüge, Tisch- und Kaffeedecken, Schlüpfer, Strümpfe, Einsatzhemden bedeutend ermäßigt.

Strauss & Schiff Nchf., Lüdenscheid.

Nachruf.



Am 14. Juli entschlief nach langen, schweren Leiden der

Betriebsleiter

Herr Peter Lynen

Fast zehn Jahre war der Verstorbene als Leiter unseres Warmwalzwerks für uns tätig. Wir verlieren in demselben einen bewährten, treuen Mitarbeiter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Dahlebrück i. W., den 16. Juli 1930.

C. Kuhbier & Sohn.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, die an dem schmerzlichen Verlust, der uns durch den Heimgang unserer lieben Entschlafenen entstanden ist, so regen Anteil genommen haben, sprechen wir hiermit unsern herzlichsten Dank aus.

Familien Fr. Wilh. u. Max Streppel
Geschwister Buschhaus.

Schrödersherweg, den 18. Juli 1930.

Trauerdrucksachen

liefert schnellstens **Wilh. Bell jr., Halver.**

Öffentliche Mahnung.

Die bis jetzt fällig gewordenen, an die unterzeichnete Kassenverwaltung zu zahlenden Steuern und anderen Abgaben sind spätestens bis zum 23. ds. Mts. zu entrichten.
Vom folgenden Tage ab werden die Rückstände nebst Kosten im Wege der Zwangsvollstreckung beigetrieben.

Halver, den 18. Juli 1930.

Kassen des Amtes Halver.

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Kaufmanns **Robert Wedder — Burghaus — Meinerzhagen** ist durch Beschluß vom 15. Juli 1930 nach Befriedigung des Vergleichs aufgehoben worden.

Amtsgericht Meinerzhagen.

Außerst billige Zinkwaren:
Volks-Badewannen 12.75 RM.
Einkochapparate .. 4.40 RM.
Verz. Eimer von 90 Pfg. an.

Joh. Chr. Herdepe Söhne,
Halver.



Pflichtabend

am Samstag, dem 19. ds. Mts.
abends punkt 8 Uhr
im Hause zur Fuhr
in Halver.

Der Führer.

Turn-Verein Kierspe 1879.

Samstag, den 19. Juli
abends 9 Uhr
im Vereinslokale

Vorturnerziehung

Besprechung über:
Kreisturnfest am 1.—3.
August in Hamm.
Kreisturntreffen am
10. Aug. in Kierspe.
Stiftungsfest.
Generalversammlung.
Verschiedenes.

Auch alle, die das Kreisturnfest besuchen wollen, sind zu dieser Sitzung herzlichst eingeladen.
Gut Heil!

Der Oberturnwart.

Bienenzucht-Verein Kierspe.

Sonntag, den 20. Juli
vormittags 9 Uhr
im Hotel Plate

Versammlung

Alle Züchterfreunde, die Interesse an der Bienenzucht haben, werden zu dieser Versammlung herzlichst eingeladen.
Mehrere ehemalige Mitglieder.

In 3 Tagen

Nichtraucher

Auskunft kostenlos:
Sanitäts-Depot, Halle a. S.

Hierdurch mache ich Sie auf meinem diesjährigen

Sommer-Saison-Ausverkauf

vom 21. Juli bis 4. August

aufmerksam

Ich bringe nur gute Qualitätsware zu herabgesetzten Preisen zum Verkauf.

Außerd. habe ich einen **großen Posten Reste weit unter Preis ausgelegt.**

Auf sämtliche nicht ausgelegten Artikel gewähre ich

einen Nachlaß von **10% Rabatt.**

Auf **Herren-, Burschen- und Knaben-Anzüge** gebe ich **10 bis 25% Rabatt.**

Carl Fastenrath, Halver i.W.

Mein diesjähriger

Saison-

Ausverkauf

ein ganz besonderer

Preisabbau.

Teilweise habe ich die Preise bis zu **50% herabgesetzt.**

Rest- und Einzelpaare:

Damen-Schuhe . . . 1.95 2.95 3.95 4.50

Herren-Schuhe . . . 5.90 6.90 7.90 8.90

Kinder-Schuhe . . . 1.95 2.50 3.95 4.95

Leder-Reisepantoffeln in allen Farben **2.35**

Alleinverkauf der weltberühmten **Marke „Herz“** zu volkstümlichen Preisen.

Schuhhaus Rosenblum,

Lüdenscheid

Wilhelmstraße 46.

60. Jahresfest

d. Evgl. Männer u. Jünglingsvereins Halver

Samstag, 19. Juli: Abends 8,15 Uhr
Rüststunde für Mitglieder und Freunde,
im kleinen Saal des Vereinshauses.

Sonntag, 20. Juli: Vormittags 10 Uhr
Festgottesdienst in der Kirche. Nachm.
3 Uhr Festfeier im Evgl. Vereinshaus,
mit Kaffeetrinken (Preis Mk. 1.00).

Festr.: Herr Pastor Niemeier, Altena.
Herr Bundessek. Schlingensiefen, Barm.
Jedermann ist herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

8ung!

Zündapp-Motorrad

300 ccm, gebraucht, mit kompletter
Ausrüstung. . . Mk. **375.00**

Zündapp-Motorrad

300 ccm, neu. . . Mk. **700.00**

Einige Marken-Fahrräder und Sprech-
Apparate hat weit unter Preis abzugeben

Hugo Woeste, Kierspe-Bhf.

Telefon 475 Meinerzhagen.

Für die Einmachzeit

empfehle:

Geleegläser

Einmachgläser

zum Zubinden,

Weck-Einkochgläser

Einmachtopfe.

Wilh. Bell jr., Halver.

Restaurant

zum Deutschen Eck

Oeckinghausen.

Am Sonntag, d. 20. Juli

Tanz

Eintritt frei!

Abends

Scheinwerfer-

Beleuchtung!

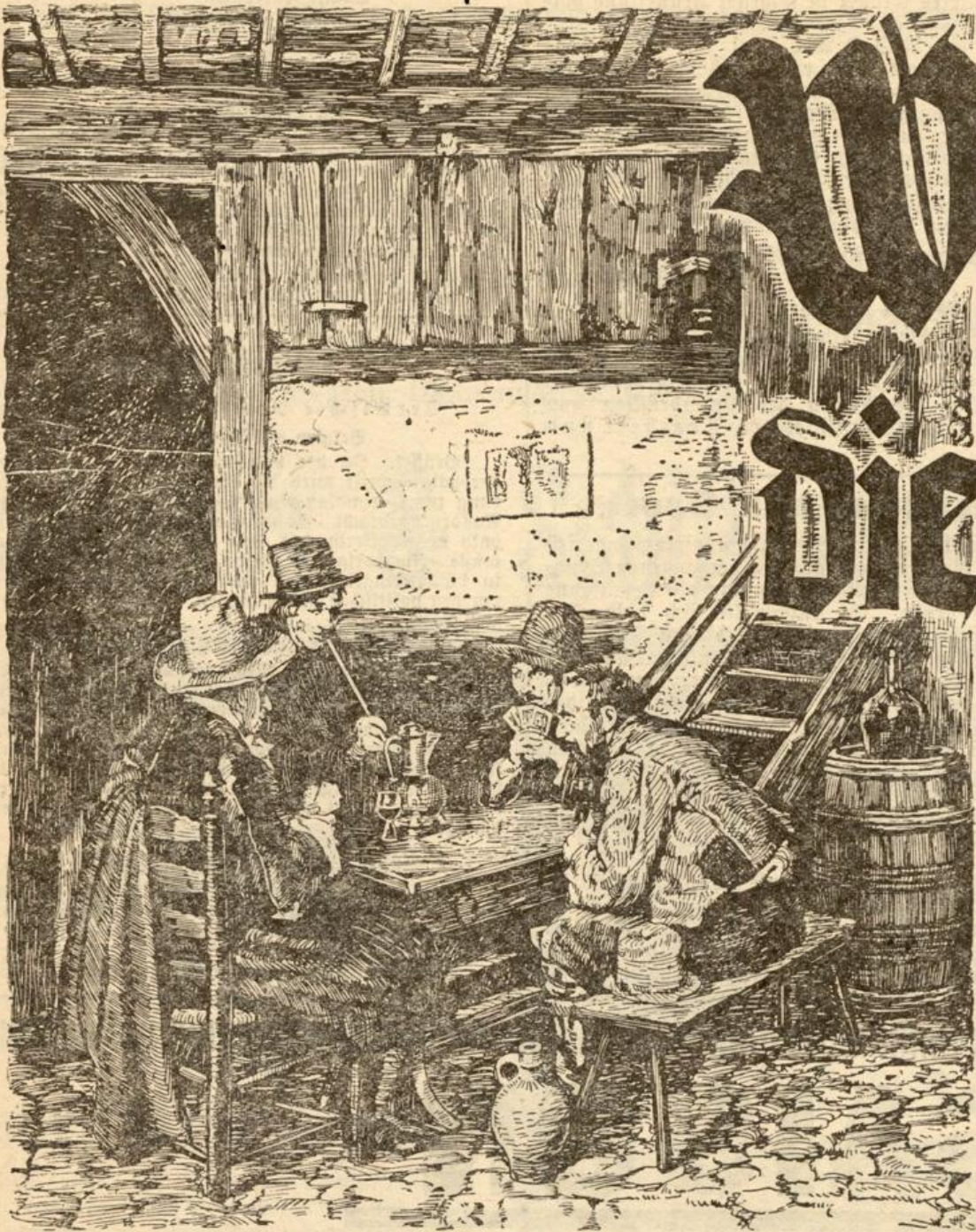
Empfehle eine Anzahl
erstklassiger hoch- sowie
rücktragender



Heinrich Rachel sen.

Biehhandlung Kierspe-Bhf.

Tel. 55 Meinerzhagen.



**Wir spielen
die höchsten
Trümpfe
aus!**

Unser Sommer-Ausverkauf

Beginn: Montag, den 21. Juli

Ein Rekord der Billigkeit!

Gewaltig stürzten unsere Preise.

Größte Warenmengen stehen zum Verkauf.

Kein Ramsch, nur die guten Artmeier-Qualitäten.

Fachkundige zuvorkommende Bedienung
in unseren hellen Geschäftshäusern.

Alle kaufen deshalb nur bei

Christmann
BARMEN

Das führende Haus
für gepflegte
Fertigkleidung.